



Nr. 7.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 16 Pfg., Retorten 20 und 26 Pfg. Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 9. Januar 1918.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 1.95 vierteljährlich, Postbezugpreis im Orts- und Nachbarortsbereich Mt. 1.85, im Fernverkehr Mt. 1.95, Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

# Verzweifelte feindliche Erkundungsvorstöße im Westen.

## Das polnische Problem.-Die Friedensfrage.

Die Mitglieder des polnischen Regentenschaftsausschusses, sowie eine weitere Abordnung von Vertretern des polnischen Volkes haben sich zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung nach Berlin begeben und reisen heute nach Wien ab, um auch dort mit den leitenden Kreisen zu verhandeln. In Berlin wurden die Polen vom Kaiser empfangen in Anwesenheit des Reichskanzlers und sonstiger Vertreter des Auswärtigen Amtes. Im Namen des Regentenschaftsrats brachte Fürst Zubomirski das Vertrauen des polnischen Volkes zum Ausdruck, das man zum Deutschen Kaiser habe, daß er zusammen mit dem österreichisch-ungarischen Kaiser das begonnene Werk geschichtlicher Gerechtigkeit glorreich vollenden werde. Wenn Polen die Gestalt einer unabhängigen Monarchie angenommen habe, so werde es bestrebt sein, gemeinsam mit der deutschen Nation die großen Ziele zu verfolgen, die das Wohl der Menschheit und den allgemeinen Frieden verhängen, Ziele, die der Deutsche Kaiser von Anfang an mit seinem tiefen und schaffenden Geiste die Zukunft übersehend dem deutschen Volke gewiesen habe. Der Kaiser antwortete, daß es ihn freue, wenn die polnische Abordnung glaube, ihrem Vaterland am besten zu dienen, wenn Polen in Gemeinschaft mit den Zentralmächten die Ziele verfolge, die das Wohl der Menschheit und das friedliche Zusammenwirken der Völker verbürgen. Er empfinde es mit Dank, daß gegenüber den Verunglimpfungen der Feinde der Vordränger seinem unabhängigen Bemühen, in einer halb dreißigjährigen Regierungszeit ein Vorkämpfer und Schirmer des Friedens zu sein, dieses Verständnis entgegenbringe. Der Kaiser gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es den Führern des polnischen Volkes veradmet sein möge, in erfolgreicher Arbeit dem polnischen Staat die Grundlagen zu geben, die seine friedliche Weiterentwicklung als ein Element der Ordnung, des Fortschritts und der Kultur gewährleisten. Der vollen Unterstützung der deutschen Regierung könnten sie hierbei sicher sein. Wenn die Polen also ihre Wünsche zu bescheiden wissen, und nicht etwa von ihren Vertretern noch deren Grenzgebiet beanspruchen, wie es die Alliierten gern wünschten, um Zwietracht zwischen dem polnischen Volk und den Mittelmächten zu säen, so erscheint eine Verständigung zwischen den beiden Parteien aussichtsreich. Es wird sich dann wohl nur noch um die Wahl des Regenten handeln, und da scheinen die Unterhandlungen auch so weit fortgeschritten zu sein, daß keine großen Schwierigkeiten mehr bestehen. Das polnische Problem dürfte also — vorausgesetzt, daß nicht unvorhergesehene Rückschläge eintreten — seiner Lösung entgegenstehen.

Damit wäre schon ein nicht unwichtiger Faktor aus den Friedensverhandlungen mit Rußland als für uns gelöst anzusehen. Wie sich die anderen Fragen mit den russischen Vertretern regeln lassen und ob sie sich im Sinne der Instruktionen unserer Vertreter regeln lassen, ist noch nicht zu übersehen. Worerst hat es den Anschein, als würde die russische Abordnung Obstruktion, wenn auch durchaus Neigung zur Weiterverhandlung bestehen dürfte. Um die russischen Wünsche bezüglich der Volksabstimmung durchzusetzen, ist wohl auch die russische Pressekommission in Szene gesetzt worden, die darauf ausgeht, die Anschauung im Ausland zu erwecken, als wollten die Verbündeten nun die Russen zur Annahme schmähtlicher Friedensbedingungen pressen. Dieser Auffassung wurde aber von Seiten der Mittelmächte energisch entgegengetreten. Deutschland tritt von seinem Standpunkt in der Nationalitätenfrage keineswegs zurück, wenn es die Unabhängigkeit Rußlands und Litauens verlangt gleich derjenigen Polens, welche letztere doch auch von der Entente zugesprochen wurde. Es wird also wohl schon ein Ausgleich der Interessen gefunden

werden können. Inzwischen verhandeln die Verbundmächte mit Vertretern der Ukraine weiter, die sich ebenfalls als unabhängiger Staat erklärt hat und Anspruch darauf erhebt, selbständig an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Wie sich die Vertreter der Ukraine zu den Mittelmächten stellen, ist noch nicht klar ersichtlich. Die Entente hat ja alle Anstrengungen gemacht, die Ukrainer für sich zu gewinnen; man gewinnt aber vorläufig den Eindruck, als seien diese nicht gesonnen, sich weiter für die Alliierten zu opfern, und dabei womöglich wieder die erzwungene Unabhängigkeit einzubüßen. Ueber eine Teilnahme der Rumänen an den Verhandlungen verläutet noch nichts. Die rumänische Regierung hat nach den neuesten Nachrichten ihren Einfluß auf die Armee vollständig verloren. In der Armee sei die Bildung maximalistischer Ausschüsse fortgeschritten, die die ganze Gewalt ausüben. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so wäre vielleicht auch mit einer Teilnahme der Rumänen an den Verhandlungen zu rechnen.

Ueber die Stellungnahme der Entente zum Frieden sind wir ja jetzt unterrichtet. Heute bringt die Entente-Pressen nun Kommentare, die betonen, daß die „maßvollen“ Bedingungen von Lloyd George doch eine geeignete Grundlage für den Beginn von Unterhandlungen seien, und das päpstliche Organ, der „Observatore Romano“, meint ebenfalls, daß sich das Programm Lloyd Georges den Vorschlägen Czernins nähere, und daß es jetzt an den Mittelmächten sei, ihre Ansicht über diese Punkte darzulegen. Das scheint uns eine ebenso eigenartige unparteiische Auffassung zu sein, wie neulich die Kundgebung des Papstes, als die Engländer Jerusalem einnahmen hatten. Aber wir brauchen uns deswegen nicht aufregen, weil wir auf Grund unserer militärischen Lage und unseres guten Rechts hoffen dürfen, daß die Bedingungen der Entente noch maßvoller werden. O. S.

### Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

(WB.) Brest-Litowsk, 9. Jan. Gestern Nachmittag wurde eine Vorbesprechung zwischen den Vorsitzenden der hier versammelten Abordnungen abgehalten, an der teilnahmen: Staatssekretär von Kühlmann, Minister des Neußern Graf Czernin, Justizminister Prowolkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trojtsch, Großwesir Talaat Pascha und ukrainischer Staatssekretär für Handel und Industrie Wsewolod Wolobowitsch. Nach Erörterung von Form- und Programmfragen wurde für heute Vormittag 11 Uhr eine Vollsitzung anberaumt. Früher fanden Besprechungen zwischen Vertretern der Verbundmächte und den ukrainischen Vertretern statt.

### Immer wieder dasselbe.

(WB.) Berlin, 8. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einer Zuschrift an den „Berliner Lokalanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen wird über die Verhandlungen in Brest-Litowsk die auch anderwärts aufgetauchte Behauptung wiedergegeben, daß die deutschen Bevollmächtigten von der ihnen mitgegebenen Marschroute abgewichen seien. Diese Behauptung trifft nicht zu. Weder für den bisherigen, noch für den künftigen Gang der Verhandlungen kann die Rede davon sein, daß die deutschen Bevollmächtigten etwas anderes anstreben und vertreten, als das, was sie nach ihren Instruktionen zu vertreten haben. — Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß die deutschen Bevollmächtigten schon darauf bedacht sein werden, unsere Interessen zu vertreten. Sie haben ja auch ihre Instruktionen von der Regierung, die wiederum in Verbindung mit der obersten Heeresleitung steht. Die andauernde Beweiskraft der Fähigkeiten unserer Dip-

lomatien ist nur geeignet, uns zu schaden. Es ist eigentümlich, daß die Alliierten sich nicht genug darin tun können, die „Friedensoffensive“ der Mittelmächte als raffinierteste Intrige zu kennzeichnen, während bei uns in gewissen Kreisen unsere Diplomaten als ahnungslose „Schafe“ gegenüber dem reißenden Wolf dargestellt werden. Gewiß, unsere Diplomatie war den Schürferereien einer von England geführten Westkoalition nicht gewachsen, weil der gerade deutsche Charakter solcher teuflischen Pläne unfähig ist, aber in der Verteidigung während des Krieges hat sie doch wohl größtenteils ihre Pflicht getan, und wir dürfen deshalb heute nicht die Befürchtung haben, daß die Feder verdirbt, was das Schwert erreicht hat. Die Schriftl.

### Die polnischen Wünsche.

Berlin, 9. Jan. Der „Berliner Vertreter des Stuttgarter „Neuen Tagblatt““ meldet: Zu Ehren des polnischen Regentenschaftsrats fand gestern beim Kanzler eine größere Abendgesellschaft statt. Heute Abend wird aus demselben Anlaß Graf Hutten-Chapski einen Empfang veranstalten. Die Verhandlungen, die die Herren hier geführt haben, drehen sich um 4 Punkte, zunächst um die Frage des Selbstbestimmungsrechts. Die Polen sind Gegner eines Plebiszits und wollen die Abstimmung von einem auf allerdings sehr demokratischer Grundlage gewählten Landtag ausgeführt sehen. Sie wünschen zum zweiten einen stufenweisen Abbau der deutschen Zivilverwaltung, um, wie sie sagen, der Entente die Möglichkeit zu nehmen, von einer „deutschen Vergewaltigung Polens“ zu reden. Einstweilen sind bekanntlich nur das Schulsport und das der Justiz an das werdende Königreich Polen ausgeliefert worden. Zum Dritten wollen sie über die Frage des polnischen Heerwesens hier unterhandeln. Die Mitglieder des Regentenschaftsrats haben bis ins einzelne ausgearbeitete Pläne hieher mitgebracht, die es ermöglichen sollen, die jüngsten Vorschläge schon in aller nächster Zeit einzubringen. Schließlich möchten sie eine Amnestie erlassen sehen, die nach ihrer Meinung erst den Burgfrieden im Lande zu schaffen vermöchte. Für heute mittag sind die polnischen Herren zur Tafel beim Kaiser geladen. Von einem Besuch im Großen Hauptquartier ist abgesehen worden.

### Russische Anschauung über das Verhalten der Entente bezüglich der Friedensverhandlungen.

(WB.) Berlin, 8. Jan. Ein Funkpruch aus Petersburg vom 6. Januar 1918, 9.40 Uhr vormittags: „An Alle“ befragt: Lloyd George äußerte sich in dem Sinne, daß Rußland erst seine Grenzen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn festsetzen müsse, ehe von Verhandlungen über den allgemeinen Frieden die Rede sein kann. Die Publizisten der Ententeländer weisen mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit darauf hin, daß es für die Alliierten vorteilhafter sein werde, Friedensverhandlungen ohne Rußland zu führen, da Rußland sich jetzt an den allgemeinen Unternehmungen nur mehr mit negativem Kapital beteilige. Wenn in diesen Unternehmungen ein Umschwung zu verzeichnen ist, so nur nach der Seite größerer Aufrichtigkeit. Die Alliierten halten es für vorteilhaft, den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland soll sich auf der Linie des geringsten Widerstandes auf Kosten Rußlands entschädigen. Je größer diese Entschädigung im Osten ausfällt, um so leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Westen zu einigen. Selbstverständlich können die Alliierten die gleichen Resultate auch durch einen allgemeinen Friedens erzielt. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen und Rumänien bewußt verraten und diese Länder als Münze zur

Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemeren Weg, Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Letzen, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Wählern abzulehnen. — Dies der Plan der Entente.

#### Eine eigenartige russische Meldung.

(WVB) Wien, 8. Jan. Wie aus Blättern des neuen Auslandes ersichtlich ist, hat die amtliche russische Telegraphenagentur eine Nachricht verbreitet, wonach die Regierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern auf den deutschen Vorschlag über Polen, Kurland und Litauen nicht eingehe. Unter dem Belagerungsstand sei es lächerlich, von einem freien Ausdruck des Volkswillens zu sprechen. Die deutsche Regierung gehe darauf aus, einen Teil der besetzten Gebiete, die Rußland gehören, zu räumen, aber es weigere sich, Polen und Litauen zu räumen. Darauf könne die russische Revolution niemals eingehen und werde auch niemals darauf eingehen. Die Revolution der Arbeiter und Bauern lasse sich nicht ausliefern weder an die eine noch an die andere imperialistische Bande. (1) — Das Wiener R. R. Bureau stellt fest: Diese Meldung entspricht in keiner Weise den Tatsachen, wie aus dem Text der am 25. Dezember von der russischen Delegation erteilten und bereits veröffentlichten Antwortnote hervorgeht.

#### Russische Schwindelnachrichten.

Berlin, 9. Jan. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt: „Dien“ verbreitet folgende phantastischen deutschen Friedensbedingungen Auslieferung der schweren Artillerie an Deutschland, der Schwarze Meerflotte an die Türkei. Nicht Deutschlands auf zollfreie Einfuhr für 15 Jahre. Alle von England und Frankreich nach Rußland einzuführenden Waren müssen über Deutschland gehen. Demobilisierung aller mit den Alliierten operierenden russischen Truppen. Keine Einmischung Rußlands in Angelegenheiten zwischen den Mittelmächten und den Alliierten, auch nicht bei Resolution der serbisch-bulgarischen Kreuzer. Deutschland darf im Bedarfsfall leichte Artillerie in Rußland erwerben. — Es scheint, daß gewisse Kreise in Rußland jetzt wieder daran gehen, das Volk gegen die Mittelmächte aufzubringen.

#### Die Frage der Zurückziehung der Truppen aus Persien.

(WVB) Berlin, 9. Jan. Laut „B. Vol.-Anz.“ meldet die Wafeler „N. Korresp.“, es verlautet, daß Trotski am Donnerstag der Front eine Note übermittelt habe, worin er den Vorschlag mache, man müsse über die Zurückziehung der russischen Truppen aus Persien Verhandlungen anknüpfen unter der Bedingung, daß dieses Beispiel auch von der Türkei befolgt werde.

#### Ein neue Konferenz der Alliierten in Paris.

(WVB) Berlin, 9. Jan. Dem „Echo de Paris“ zufolge wird in nächster Zeit eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten der Alliierten in Paris unter dem Vorsitz Clemenceaus abgehalten werden.

#### Das englische „Entgegenkommen“.

(WVB) London, 8. Jan. Reuter meldet: „Daily Chronicle“ schreibt: Die Staatsmänner der Mittelmächte müssen bedenken, daß die von Lloyd George aufgestellten Bedingungen unsere Mindestforderungen sind. Sie können nicht herabgesetzt, sondern höchstens verschärft werden. Dies sollte namentlich von Oesterreich-Ungarn und der Türkei wohl bedacht werden; denn die Alliierten könnten gezwungen sein, nicht aus Rachsucht, sondern wegen ihrer eigenen Sicherheit eine drastische Politik in Anwendung zu bringen. — Die „Times“ schreiben: Für Deutschland und in noch höherem Grade für Oesterreich-Ungarn und die Türkei ist die Erklärung des Premierministers Lloyd George eine Warnung. Sie wird vom ganzen Reich, von den anderen Alliierten und von den Vereinigten Staaten allgemein als das nicht weiter herabsetzbare Minimum unserer Forderungen betrachtet. Die Bedingungen, die einigen der verbündeten Mittelmächte angeboten werden, sind außerordentlich günstig und werden von der vollen, ehrlichen und sofortigen Annahme der an sie geknüpften Forderungen anhängig gemacht. Wenn diese Forderungen nicht angenommen werden, verfällt das Angebot.

#### Eine englische Arbeitergruppe gegen das Kriegskabinett.

(WVB) Berlin, 9. Jan. Es heißt, in den englischen parlamentarischen Arbeiterkreisen werde angekündigt, daß auf der bevorstehenden Jahreskonferenz der parlamentarischen Arbeitergruppe in Nottingham neun Resolutionen vorliegen werden, die die Zurückziehung der Arbeitervertreter aus den englischen Ministerien fordern. Damit solle der Versuch unternommen werden, die gegenwärtige Koalition, auf die sich Lloyd George stützt, zu sprengen. Man sehe in diesem Zug den ersten geschlossenen Angriff der Pazifisten auf das Kriegskabinett.

Die Weigerung der Australier gegen die Einführung der Dienstpflicht.

(WVB) Melbourne, 8. Jan. Das Kabinett Hughes hat infolge der Niederlage bei der Volks-

abstimmung über die Dienstpflicht abgedankt. Der Arbeiterführer Tudor ist mit der Bildung des Ministeriums beauftragt worden.

## Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

### Die deutsche amtliche Meldung.

(WVB) Großes Hauptquartier, 8. Jan. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Einzelne Abschnitte in Flandern und südwestlich von Cambrai lagen zeitweilig unter heftigem Feuer. In der Abenddämmerung griffen englische Kompagnien östlich von Bullecourt an, sie wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Im Sundgau entwickelte sich am Abend lebhafter Artilleriekampf, der nach ruhiger Nacht heute früh wieder auslebte.

Westlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues.

Mazedonische Front: Zwischen dem Ohrida- und Prespa-See, im Cernabogen, sowie zwischen Marabar- und Piran-See war die Artillerietätigkeit reger. Deutsche Kräfte brachten von einem Erkundungsvorstöße in die feindlichen, bisher von Russen verteidigten Gräben westlich vom Prespa-See eine Anzahl Franzosen ein.

Italienische Front: Gegen den Monte Polone und den Piaveabschnitt nördlich von Vidor richtete der Feind tagsüber heftige Feuerüberfälle. Während der Nacht blieb das Feuer lebhaft.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Die gestrige Abendmeldung.

(WVB) Berlin, 8. Jan., abends. Amtlich wird mitgeteilt: In der Bahn Roefinghe-Staden ist ein englischer Vorstoß gescheitert. In der Gegend von Fivrey (zwischen Maas und Mosel) sind östliche Angriffe der Franzosen im Gange.

Im Sundgau flaute die Gefechtsstärke nach Abwehr eines französischen Vorstoßes bei Nummerweiler ab. — Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Vermeintliche feindliche Erkundungsversuche im Westen.

(WVB) Berlin, 8. Jan. Trotz schlechten Wetters war an einzelnen Abschnitten der Westfront, in Flandern, westlich Cambrai und im Sundgau, das Feuer der beiderseitigen Artillerien lebhaft. Westlich Cambrai hielten sich englische Kompanien am 7. Januar eine blutige Schlacht. Nach kurzer Feuerbereitschaft brachen die englischen Sturmkolonnen um 5.30 Uhr nachmittags in etwa 600 Meter Breite gegen unsere vorderen Sicherungslinien östlich von Bullecourt zum Ansturm vor. Im Feuer und im Handstreich wurde der Feind unter schweren Verlusten abgewiesen. Zahlreiche tote Engländer liegen vor unseren Gräben und Hindernissen. An vielen Stellen der Westfront fecht der Feind seine verzweifelten Erkundungsversuche fort. Seine vorgetriebenen Patrouillen wurden überall reiflos zurückgeschlagen und mußten sich im deutschen Verfolgungsfeuer in ihre Gräben zurückzuziehen.

### Der englische Bericht.

(WVB) London, 9. Jan. (Heeresbericht vom 7. Januar, abends.) Ein vom Feinde heute am frühen Morgen versuchter Ansturm südöstlich von Ypern wurde verlustreich durch unser Gewehr- und Maschinengewehrfeuer abgebrochen. Eine Anzahl Kampfe fanden in der Luft statt, bei denen 6 feindliche Maschinen abgeschossen und zwei andere steuerlos zum Niedergehen gezwungen wurden. Eine unserer Maschinen wird vermisst.

### Der italienische Bericht.

(WVB) Rom, 8. Jan. (Heeresbericht vom 7. Januar). Heftiges konzentriertes Feuer unserer Artillerie auf die feindlichen Stellungen zwischen dem Frenzola- und dem Brentatal. Sonst nicht Neues.

### Unsere U-Bootsverfolge.

(WVB) Berlin, 8. Jan. (Amtlich.) Am Atlantischen Ozean und im Mittelmeer sind kürzlich von unseren U-Booten 5 Dampfer und 1 Segler versenkt worden. Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhrten in Geleitzügen. Einem unserer U-Boote gelang es, durch zähes Festhalten und geschicktes Manövrieren aus ein und demselben Geleitzug drei schwer beladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard“ (3682 To.), mit Kohlen nach Gibraltar, und „Bristol City“ (2511 To.) mit Stützgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach New York bestimmt waren und nach Angabe der Besatzung einen Wert von etwa 40 Millionen M. hatten. Der Segler war ein Vollschiff von annähernd 2000 To. Größe. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

(WVB) Berlin, 8. Jan. Die Verlenkung des Dampfers „Bernard“ lenkt die Aufmerksamkeit auf den durch unseren U-Bootskrieg gründlich zerütteten englischen Kohlenhandel. „Die Kohle“, sagte Lloyd George 1913 in seiner klassischen Rede an die Walliser Bergleute, „ist das Lebensblut der Nation“. Mit der Kohlenausfuhr bezahlte England einst einen großen Teil seiner Einfuhrschuld. Jetzt erstickt es im Kohlenüberfluß, weil ihm

Schiffe fehlen zum Transport über See. Selbst im Inland können die Eisenbahnen die durch Einschränkung der Küstenschiffahrt gewaltig angeschwollenen Verkehrsbedürfnisse nicht mehr stillen. Die schwarzen Schiffe häufen sich auf den Gruben, drücken dort auf den Preis, zwingen zur Einschränkung der Produktion und zur Arbeitslosigkeit, entwerfen den Betrieb. Erst kürzlich mußten 2000 Arbeiter auf einer einzigen Grube entlassen werden. Andererseits steigt die Kohlennot in der Welt. In Frankreich werden die Theater nicht mehr geheizt. In New York herrscht abends auf den Straßen Dunkelheit wie in einem Dorf. In Italien mußten die Eisenbahnen und sogar wichtige Kriegsbetriebe sich einschränken bis unter die Grenze des Zulässigen. Dieselben Kohlen, die in England 30 M. die Tonne kosten, schnellten dort in den letzten Tagen im Schleichhandel auf 500 bis 600 M. im Preise empor. Die Kohlennot ist eine der Klippen, an der das Ententeschiff zerschellen wird.

### Die amerikanische Hilfe und die Erweiterung der Sperrzone.

Berlin, 9. Jan. Die neue Erweiterung der Sperrzone kommt, wie die „Post“ meint, gerade recht in dem Augenblick, wo die Vereinigten Staaten die größten Vorbereitungen treffen, um Mannschaften und Material auf den europäischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Gerade die Union hatte gehofft, die Inselgruppe der Azoren und der Cap Verdischen Inseln, sowie Madeira zu einem mächtigen Flottenstützpunkt auszubauen. Leichte Seestreitkräfte hätten hier genügt, um unser Sperrgebiet zu bedrohen. Die Gefahren eines Seetransports großen Stils über den Atlantischen Ozean sind jetzt über Nacht ins Riesenhafte gewachsen.

## Von unsern Feinden.

### Eine weitere halbe Million Engländer für die Westfront.

Berlin, 9. Jan. Wie dem „B. Vol.-Anz.“ aus Basel berichtet wird, meldet die ententesfreundliche „N. Korresp.“ aus London: Laut einer englischen Blättermeldung wird es auf Grund einer zwischen Lord George und den Delegierten der Gewerkschaften am Schluß der Konferenz vom Samstag zustande gekommenen Verständigung möglich sein, ungefähr 500 000 neue Soldaten an die Front zu entsenden.

### Der neue englische Botschafter für Petersburg.

(WVB) Berlin, 9. Jan. Laut „N. Tagbl.“ meldet der Londoner Korrespondent des Kopenhagener „Ekstrablade“, daß die Ernennung Hendersons zum englischen Botschafter in Petersburg unmittelbar bevorstehe.

Henderson ist bekanntlich der Führer der (nationalen) englischen Arbeiterschaft. Er ist zwar aus dem englischen Kabinett, in das er im Verlauf des Krieges eingetreten war, wieder ausgetreten, weil die Arbeiterschaft, die Lloyd Georgesche Kriegspolitik offiziell nicht mehr mitmachen wollte. Doch Henderson aber keinerlei sozialistische, sondern rein englisch-nationale Anschauungen hat, das geht aus seiner Antwort auf die letzte Rede von Lloyd George hervor, in der er wohl ein paar abgedroschene Redensarten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker machte und mit Pathos feststellte, daß die englischen Arbeiter keinen Wirtschaftskrieg nach dem Krieg wollen, sonst aber keineswegs den maßlosen Forderungen von Lloyd George entgegenzutreten. Man sieht aber: die englische Regierung weiß den veränderten Verhältnissen in Petersburg Rechnung zu tragen. Die Schriftleitung.

## Von den Neutralen.

### Ein pikanter Zwischenfall zwischen einem englischen und einem holländischen Kriegsschiff.

(WVB) Amsterdam, 9. Jan. „Deftische Cuorant“ meldet: Bei der Heimreise des neulich in Holland angekommenen Kriegsschiffes „Tromp“ ereignete sich im Atlantischen Ozean folgender Zwischenfall: Der Kommandant eines englischen Kriegsschiffes gab dem „Tromp“ den Befehl, sofort zu stoppen, „Tromp“ fuhr weiter. Darauf löste der Engländer einen Warnungsschuß und wiederholte sein Signal. „Tromp“ setzte dessen ungeachtet die Fahrt fort und signalisierte zurück, ob der Engländer denn nicht wisse, daß er es mit einem holländischen Kriegsschiff zu tun habe. Der Engländer antwortete, er wisse das wohl, aber „Tromp“ müsse trotzdem stoppen, da er Passagiere an Bord habe. Darauf gab „Tromp“ eine Antwort, die dem alten Admiral Tromp Ehre gemacht haben würde. Er signalisierte kurz und bündig „Alar zum Gefecht!“ Starr vor Erstaunen über die so unerwartete Kühnheit, wußte der Engländer offenbar nicht, was er antworten sollte. — Der Zwischenfall wurde in einer geheimen Sitzung der Zweiten Kammer, die bald nach Ankunft des „Tromp“ abgehalten wurde, zur Sprache gebracht. — Das ist die einzige Antwort, die den Engländern imponiert.

### Wiederbeginn des Bürgerkriegs in Mexiko.

(WVB) Amsterdam, 8. Jan. Nach einem hiesigen Blatt erfährt die „Times“ aus Washington: Das Kriegsministerium erhielt eine Nachricht, daß seit Son-



der Wohnungsnot und in der Wohnungsüberfüllung, die nach Friedensschluß in verschärftem Maße zu erwarten ist. Es muß darum ein ernstes Bemühen sein, der für kinderreiche Familien bestehenden Schwierigkeit, geeignete und ausreichende Wohnungen zu finden, kräftig entgegenzuwirken. Der Erlaß führt sodann die bisher schon bestehenden Veranstaltungen der Wohnungsfürsorge von staatlicher und gemeinnütziger Seite auf und fährt fort: Auch die evangelische Kirche kann dem ganzen Gebiet der Wohnungsnot und Wohnungsfürsorge ihre reze Aufmerksamkeit nicht versagen. Haben auch unsere Kirchengemeinden keinen Grundbesitz, den sie für Heimstätten zur Verfügung stellen könnten, und kommen auch Darlehen zu niederem Zinsfuß bei ihrem meist beschränkten Kapitalbesitz für sie kaum in Betracht, so vermögen doch Geistliche und Kirchengemeinderäte das Verständnis für diese Fragen in den Gemeinden zu wecken und auf ihre Bedeutung auch für das sittliche und religiöse Leben unseres Volkes hinzuweisen. Für die Inangriffnahme der großen Aufgabe, insbesondere für die zeitliche Beschaffung des Geländes und der Baugelände, gilt es, das Gewissen namentlich der begüterten Kreise zu schärfen und an die Dankeschuld für die gnädige Verschonung unserer Wohnungen zu erinnern, damit denen,

die unter der Wohnungsnot leiden, unter die Arme gegriffen, und so neben dem vaterländischen auch das kirchliche Heimatgefühl in ihnen wieder gestärkt werde. Der Erlaß schließt mit dem Hinweis, es möge bei neuen Niederlassungen rechtzeitig auch der geeignete Platz für gottesdienstliche Räume vorgesehen werden und insbesondere z. B. im Zusammenhang mit den Kriegerheimstätten die brennende Frage des Gemeindehauses eine kräftige Förderung erfahren.

(S. 2.) Nagold, 8. Jan. Ein Reisender der Bahn Nagold Altensteig hatte eine Kasse Leder gehamstert und dampfte mit ihr wohlgenut der Heimat zu. Zu seinem nicht geringen Schrecken hörte der Mann während der Fahrt, daß eine polizeiliche Zugkontrolle stattfände. Kurz entschlossen, warf der Hamster das Leder zum Wagenseiter hinaus, stieg auf der nächsten Station aus und machte sich auf die Suche. Er soll auch wirklich sein Leder wieder gefunden haben.

(S. 2.) Waiblingen, 5. Jan. Dieser Tage wurde hier von den Aufsichtsorganen ein Lastauto angehalten, das mit etwa 330 Pfund Dönsfleisch und einem schweren Kalb usw. beladen war. Gefahren wurde das Auto von einem Feldgrauen in Begleitung eines Stutt-

garter Wehgers. Die Täter sind verhaftet. Das Fleisch wurde abgenommen und der Sammelstelle Waiblingen zugeführt.

Für die Schriftl. verantwortlich, Otto Seilmann, Calw. Druck u. Verlaß der A. Dellschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

### Die Bank für Handel und Industrie Filiale Stuttgart

Kapital und Reserven 192 Millionen Mark  
eröffnet

laufende Rechnungen

— auch provisionsfreie Scheckrechnungen —  
und gewährt

gedeckte und ungedeckte Kredite  
zu günstigen Bedingungen.

Verzeichnisse der gesamten Geschäftszweige  
der Bank stehen Interessenten bereitwillig  
zur Verfügung.

In die

## Arbeiter, Arbeiterinnen u. Betriebsbeamte d. Deutschen Waffen- u. Munitionsfabriken.

Da die Hindernisse, welche der

## Wiederaufnahme der Arbeit

bisher entgegenstanden, noch immer nicht behoben sind, muß der Betrieb in den Werkstätten der Firma in Karlsruhe und Gröchingen

bis auf Weiteres eingestellt bleiben.

Karlsruhe, den 8. Januar 1918.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

In die (Stadt-)Schultheißenämter  
mit dem Ersuchen die

Leichenschauregister und Hebammentagbücher  
frankiert zu gleicher Zeit bis zum 15. Januar einzusenden.

Neuenbürg, den 7. Januar 1918.

Der R. Oberamtsarzt: Dr. Härlin, Med.-Rat.

Stadtschultheißenamt Calw.

Bei Consumverein, Pfannkuch, Gg. Pfeiffer, Lamparter,  
Bincon, Stikel, Kempf und Maier ist

Zuckerrübenkraut,

das Pfund zu 50 Pfg., und

Marmelade,

das Pfund zu 85 Pfg., zu haben.

Calw, den 8. Januar 1918.

Stadtschultheiß A. V.: Dreiß.

Kein zerrissener mehr!

Alle Sorten Strümpfe werden unter Verwendung des  
alten Strumpfmateriäls wieder gebrauchsfähig her-  
gestellt nach patentamtl. gesch. System

D. R. G. M. Nr. 667413

(Nachahmung wird gerichtlich verfolgt)

Preis Mk. 1.35 das Paar

Strumpflängen müssen mögl. in gutem  
Zustand sein.

Mech. Strumpf-Reparatur-Anstalt

J. Turwald, Stuttgart

Marienplatz 12 (Kaiserbau) Fernsprecher 4916.

Herstellungsrecht wird abgetreten,  
Annahmestellen errichtet.

Gewandtes

## Mädchen

findet

dauernde Beschäftigung  
in der Druckerei ds. Bl.

## Röchin-Gesuch.

Wegen Erkrankung suche ich  
für sofort oder später ein aut  
empfohlenes, selbständiges Mäd-  
chen (auch Witwe) für Küche u.  
leichtere Hausarbeit für dauernde  
Stellung.

Frau Adolf S. 16,  
Pforzheim, Kaiser Wilhelm-  
straße 2, Telefon 473.

Hirsau

Ordentlichen kräftigen

## Jungen

nimmt in die Lehre.

Chr. Haas, Gärtnerei.

## Most kauft

Küfermeister Lutz, Hirsau.

Nationallib. Partei, Ortsgruppe Calw.

Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr  
findet im

Gasthof zum „Waldborn“ in Calw  
ein

## Vortrag

des Parteisekretärs Hopf über

äußere und innere politische  
Lage,

Stoff, wozu Mitglieder und Freunde der Partei von Stadt und Land  
freudlichst eingeladen werden.

Der Ausschuß.

Prima

## Lederfett

hat zu verkaufen

H. K. Kosteuscher, Teinach.

Siecht für.

4 Raummeter dürres

## Brennholz,

darunter 1 Raummeter buchenes,  
hat abzugeben

Erpold Lutz, Holzhauser.

Unterlößbach.

Ein 2-jähriges



## Rind

hat zu verkaufen

Michael Schwämmle.

Gechingen.

Eine zum 3. mal halbtträgliche



## Milch-Ziege

hat zu verkaufen

Veronika Dürr Witwe.

Zu verkaufen:  
2 schwere

## Arbeits- Pferde

Karl Gengenbach, Fuhr-  
unternehmer Bad Liebenzell.

Liebelsberg.

Einen 19 Monate alte, trächtige

Zucht-



## Kalbel

verkauft  
Jakob Keppler.

Dögingen, Stat. Schafhausen.

Einen 12 Monate alten

Zucht-



## Farren

Rottschek, hat zu verkaufen  
Wilhelm Hensele, Landwirt.